

STREIT

FEIL

WOFÜR ES SICH ZU STREITEN LOHNT AUSGABE 2025



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.



REFLECT EU&US



INHALT

Transatlantische Wellen Dr. Susanne Drake	4
Die Trump-Krise Dr. Kai Heidemann	8
Zwischen Anti-Einwanderungspolitik und migrantischer Unterstützung Birim Yildiz	12
Queere Gemeinschaften Sebastian & Coral Crissey	14
Persönliche Überlegungen zu den Auswirkungen der Trump-Präsidentschaft Franzi DeWaard	16
Abgefackelt? Dr. Jeff Katcherian	17



TRANSATLANTISCHE WELLEN

Der November 2024 hat nicht nur die Politikwissenschaftler*innen in den USA und Deutschland erneut in Aufruhr versetzt. Alle Medien, traditionelle und digitale, übertreffen sich gegenseitig mit Analysen und Vergleichen, wobei sich alle über den Niedergang der Demokratie in der Welt und die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auslassen. Die Entwicklungen in den USA werden oft als Vorbote späterer Ereignisse in Europa angesehen. US-amerikanische Moden und Trends hatten in der Vergangenheit sicherlich Einfluss auf soziale Bewegungen und außenpolitische Entscheidungen in Europa. Die USA brachten emanzipatorische Ideen in ein vom Krieg zerrissenes (west-)europäisches Kernland, wo die EU in ihren Anfängen als Wertegemeinschaft in erster Linie auf internationale Wirtschaftsbeziehungen ausgerichtet war.

Dieser Einfluss verlief im Wesentlichen von West nach Ost. 2007 analysierte die FES [1][2]: „Drei Ereignisse haben die transatlantischen Beziehungen in den letzten zwei Jahrzehnten entscheidend geprägt: das Ende des Kalten Krieges 1989, der 11. September 2001 und der Beginn des Irakkrieges 2003. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa und der „Sieg“ des westlichen Modells machten die USA zur einzigen verbliebenen Supermacht in einer unipolaren Welt – politisch, militärisch und wirtschaftlich. In der Selbst- und Fremdwahrnehmung wurden sie zur „unverzichtbaren Nation“.

Diese Entwicklung scheint unaufhaltsam. In der Ausgabe der „Zeit“ vom Juli 2023[3] wird gewarnt: „... der relative Niedergang Europas begann schon lange vorher.“ Ein Grund dafür ist: „(...), dass US-Technologieunternehmen Europa bis heute dominieren, ohne nennenswerte einheimische Konkurrenz. Die sieben größten Technologieunternehmen, gemessen an der Marktkapitalisierung, haben ihren Sitz alle in den Vereinigten Staaten: Apple, Amazon und Alphabet mit der Suchmaschine Google, Microsoft und Facebooks Muttergesellschaft Meta.“[4]

Die US-amerikanische Dominanz über Europa hielt auch dann noch an, als andere Nationen auf dieser Welt im wirtschaftlichen Bereich kompetenter und erfolgreicher wurden und andere imperialistische Landnahmen gegen alle internationalen Gesetze begannen. Während wir heute von einer multipolaren Welt sprechen, ist die Abhängigkeit Europas von den USA höher denn je.

Laut einer Studie des European Council of Foreign Relations ist Europa auf dem Weg, ein Vasallenstaat der USA zu werden. „In den letzten zehn Jahren ist die EU wirtschaftlich, technologisch und militärisch weniger mächtig geworden als Amerika“, heißt es darin.[5] Dies wurde nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine analysiert, der auf erschreckende Weise das Desaster der mangelnden Verteidigungsbereitschaft Europas aufgezeigt hat – die die USA in Zukunft nicht mehr in hergebrachter Weise unterstützen wollen.



Es scheint ein Naturgesetz zu sein, dass die Wellen aus den USA über den Atlantik kommen und Europa sie aufhängt, während wir versuchen, uns über Wasser zu halten.

Oder ist auch das ein Bild, das Selbstzweifel bestärkt, die auch hinterfragt werden könnten? Die Friedensbewegung der 1980er Jahre, das Aufkommen des ökologischen Bewusstseins, die späte, aber unaufhaltsame Auseinandersetzung mit dem europäischen Kolonialismus – waren das nicht auch trotz aller berechtigten Kritik an mancher unzureichenden, überambitionierten oder ungeschickten Umsetzung prägende Themen, die in der anderen Richtung von Europa aus ihren Weg in die Vereinigten Staaten gefunden haben? Die auch zu positiven Entwicklungen beigetragen haben (Abrüstungsverträge, Verbot bestimmter Waffensysteme, Entwicklung neuer Antriebsformen, Infragestellung historischer „Gewissheiten“ usw.) – Fragen, die wir uns weiterhin stellen müssen? Auch wenn es manchmal nach hinten losgeht und es manchen schwerfällt,



mit allem gleichzeitig Schritt zu halten. Auch wenn es sich manchmal so anfühlt, als würden wir Rückschritte machen.

Europa hinkt nicht in allen Bereichen hinterher. Die Lebenserwartung in Europa ist höher als die der US-Bürger. Für Frauen liegt sie in Europa bei durchschnittlich 84 Jahren, für Männer bei 79 Jahren. Im Gegensatz dazu leben Männer in den USA durchschnittlich 73 Jahre und Frauen 79 Jahre, und der Abstand hat sich in den letzten Jahren vergrößert.

In den letzten drei Jahren ist dies teilweise auf das Coronavirus zurückzuführen, aber die Gesamtsterblichkeitsrate bleibt hoch. „Die Zahl der Todesfälle durch Opiate, Autounfälle und Mord ist gestiegen. Die Pandemie hat etwas deutlich gemacht, das schon seit Jahrzehnten gilt: Amerika ist nicht sehr gut darin, seine Bürger zu schützen.“[6]

Die USA sind zwar die Wirtschaftsmacht Nummer eins, auch aufgrund der radikalen Subventionen des Inflation Reduction Act (IRA) und der niedrigen Energiepreise – aber sie sind auch ein politisch, wirtschaftlich und sozial gespaltenes Land. Geht es den USA wirklich besser, sind sie immer Vorreiter?

Die Hanns-Böckler-Stiftung veröffentlichte 2024 eine interessante Studie, die zu einem anderen Schluss kommt: „Deutschland liegt in 10 der [insgesamt 15 - A.d.R.] untersuchten Bereiche vorn. Besonders groß ist der Vorsprung bei Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Work-Life-Balance und Gleichstellung. Nur beim Haushaltseinkommen und beim Konsum sind die USA deutlich besser, was aber vor allem an der längeren Arbeitszeit liegt. Außerdem ist Armut in den USA weiterverbreitet. Einen leichten Vorsprung haben die USA bei den Wohnverhältnissen und in einigen Bereichen von Bildung, Forschung und Entwicklung.“[7]



Hier wird deutlich, dass Entwicklungen manchmal langfristige Ergebnisse haben, die Gesellschaften trotz Rückschlägen und Enttäuschungen nachhaltig verbessern.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich auch zu verfolgen, wie sich der auch in Deutschland heftig diskutierte Vorstoß Europas, die schrankenlose Nutzung privater Informationen durch kommerzielle Technologieunternehmen einzudämmen, den Schutz der Nutzer vor Cybermobbing zu fördern und einen Rechtsrahmen für die Nutzung und Weiterentwicklung von KI zu schaffen, letztlich auch in den USA als unaufhaltsam erweisen wird. Während die einen sie als Bremse unserer wirtschaftlichen Entwicklung verteufeln, sehen andere in diesen Plänen ein absolut notwendiges Korrektiv, auch angesichts der Herausforderungen einer multipolareren Welt, in der die Digitalisierung derzeit ungehemmt agiert.

„Seit jeher besteht die Versuchung, die Vereinigten Staaten von Amerika als Modell für den europäischen

Integrationsprozess nachzuahmen. Das erweist sich in den meisten Fällen eher als hinderlich denn als hilfreich: Wir sollten nicht immer in die Vergangenheit schauen, sondern unseren eigenen Weg gehen“, [8] so Josep Borrell.

Dennoch können wir voneinander lernen und auch von den Erkenntnissen des jeweils anderen profitieren. Die deutsche und die amerikanische Mittelschicht sind sich sehr ähnlich, wie das DIW bereits 2016 feststellte [9].

„Von den 1980er Jahren bis zur Jahrtausendwende stieg das Durchschnittseinkommen auf beiden Seiten des Atlantiks kontinuierlich an, danach kehrte sich der Trend um. (...) Diese Zahlen deuten bereits auf das hin, was an anderer Stelle belegt ist: Während die Einkommen weiter auseinanderdriften, gewinnt eine kleine Gruppe massiv hinzu, aber die Mehrheit der Bevölkerung verliert real an Einkommen.“ [10]

Am stärksten betroffen sind Einwanderer, was auch auf beiden Seiten des Atlantiks sichtbar ist. In Deutschland lassen sich hier aus einer Auswertung nach Geburtsort Schlüsse ziehen. Der Anteil der Mittelschicht ist bei denjenigen, die nicht in Deutschland geboren wurden, am stärksten geschrumpft. In Europa wie in den USA ist die Frage der Einwanderung höchst umstritten und emotional.

Im Oktober 2024 veröffentlichte der IWF eine Studie, die zeigt, dass die Auswirkungen langfristig überwiegend positiv sind. „Denn eine größere Bevölkerung geht mit einer höheren Nachfrage und letztlich einem größeren Arbeitskräfteangebot einher.“ [11] Europa



reagiert auf diese Zahlen und versucht, einen einheitlichen demokratischen Weg für den Umgang mit Migration zu finden, in dem Verständnis, dass die Kosten der Migration durch die Vorteile aufgewogen werden. Auch in den Vereinigten Staaten, insbesondere in den Grenzregionen zu Mexiko, gibt es Stimmen, vor allem von Landwirten, die vor einem grundsätzlichen Verbot der Einwanderung aus Mittel- und Südamerika warnen. Dies könnte durchaus zu ernsthaften Engpässen bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe und natürlich vieler anderer führen.

Politische Bestrebungen in den USA, bestimmte Bürgerrechte zurückzunehmen, bewährte Kompetenzen der Justiz einzuschränken oder einigen Gruppen den Zugang zu freien und gleichen Wahlen zu verwehren, rufen in Europa sofort Reaktionen hervor. Einige europäische Mitgliedstaaten sehen darin eine Chance, ihre eigenen antidemokratischen Ziele voranzutreiben. Die Mehrheit, und sicherlich auch die Mehrheit in Deutschland, betrachtet diese Entwicklungen eher kritisch.

Wir sollten nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern proaktiv und mutig unsere Überzeugungen verteidigen und in einen kämpferischen Austausch mit den reaktionären Kräften im eigenen Land treten. Der Erfolg einiger Parteien bei Regionalwahlen sollte uns aufrütteln und motivieren, mehr zu diskutieren, und zwar vor allem in allen Bildungseinrichtungen – formell und informell – in allen Vereinen und an allen Orten, an denen sich Menschen für ein gemeinsames Ziel treffen.

Einsamkeit vor dem Bildschirm ist sicherlich ein transatlantisches Problem, dem wir aktiv entgegenzutreten müssen. Digitale Projekte können aber auch den eigenen Horizont und den Kreis der Austauschpartner erweitern. Das haben wir direkt in unserem Projekt Reflect EU&US erfahren. In dieser Ausgabe unserer

Publikation „Streitkultur“ schreiben einige der ehemaligen Teilnehmer*innen darüber, was dieser Austausch für sie persönlich bedeutet hat.

Die Wellen politischer Ereignisse schwappen sowohl an die Küsten der Vereinigten Staaten als auch Europas. Wir dürfen uns davon nicht überwältigen lassen. Wir müssen weiterhin Brücken bauen.



**Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre
mit besten Grüßen**

DR. SUSANNE DRAKE
WILLI EICHLER AKADEMIE BRÜSSEL

[1] Friedrich-Ebert-Stiftung

[2] <https://library.fes.de/pdf-files/iez/04598.pdf>

[3] <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/usa-europa-wirtschaftswachstum-wohlstand-lebensstandard-lebenserwartung/seite-2>

[4] Ebd.

[5] <https://ecfr.eu/publication/the-art-of-vassalisation-how-russias-war-on-ukraine-has-transformed-transatlantic-relations/>

[6] <https://www.marktundmittelstand.de/zukunftsmärkte/studie-zur-sterblichkeit-in-den-usa>

[7] <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-vergleich-deutschland-usa-10-von-15-wichtigen-kenngrößen-besser-55922.htm>
IMK-Studie Nr. 91, Januar 2024 Jan Priewe: Lebens- und Arbeitsbedingungen im Vergleich – Deutschland übertrifft die Vereinigten Staaten

[8] https://www.eeas.europa.eu/eeas/die-vereinigten-staaten-und-europa-geschichte-ist-nicht-vergleichbar_de

[9] <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/deutschlands-mittelschicht-schwindet-in-richtung-amerikanischer-verhaeltnisse/13551592.html>

[10] Ebd.

[11] <https://www.fr.de/wirtschaft/studie-zeigt-migration-laesst-die-eu-wirtschaft-wachsen-93362001.html>

Dr. Kai Heidemann ist in den Vereinigten Staaten aufgewachsen, und hat familiäre Wurzeln im Ruhrgebiet. Heute lehrt und forscht er als Professor an der Universität Maastricht in den Niederlanden zur Verbindung zwischen sozialen Bewegungen und Bildungswandel. 2023 veröffentlichte er den Sammelband „Combating Crises from Below: Social responses to Polycrisis in Europe“ bei Maastricht University Press.

DIE TRUMP-KRISE

WEA: Für welche Art von Krise stehen ihrer Meinung nach Siege von Rechtspopulisten wie Trump in den USA oder Geert Wilders in den Niederlanden?

H: Diese Siege sind Zeichen für eine Krise unserer demokratischen Institutionen. Dazu würde ich auch den Bildungssektor zählen. Für jeden, der an der Ausweitung des Pluralismus, der Vielfalt und der Inklusion interessiert ist, die für mich grundlegende demokratische Werte darstellen, sind diese Siege sehr besorgniserregend. Das Tagewerk der Rechten in den USA besteht darin, die Hälfte der Bevölkerung als Feinde im eigenen Land darzustellen - den woken social justice Mob, Feminazis, Kulturmarxisten. All diese Bezeichnungen sind das neue Feindbild der Rechten, und wir als Pädagog*innen werden in diese Schubladen gesteckt. Wir müssen uns wirklich Sorgen machen. Ich meine, wir können sehr deutlich sehen, dass die derzeitige Regierung in den Niederlanden einen Angriff auf die Hochschulbildung gestartet hat. Sie hat eine Haushaltskürzung in Höhe von einer Milliarde Euro vorgeschlagen, und das in einer Zeit, in der der Wohlstand der Unternehmen in den Niederlanden einen historischen Höchststand erreicht hat. Wenn die Rechten also insbesondere die Hochschulbildung auf diese Weise angreifen, dann deshalb, weil sie die Bildung selbst als Bedrohung ansehen. Das mag die Dinge zu sehr vereinfachen, und ich bin sicher, dass die Rechten das nicht gerne hören, aber Ignoranz ist die größte Ressource für viele dieser Bewegungen. Die Wurzeln der Ungleichheit und die Ursachen der Diskriminierung zu erforschen - das ist sehr unbequemes Wissen rechte Gruppen, und deshalb wollen die solche Dinge auch nicht finanzieren. Die andere Antwort, die ich geben würde, ist, dass es eine Krise der progressiven politischen Parteien gibt. Die Menschen machen sich Sorgen über die Wohnsituation und die Lebenshaltungskosten, und aus irgendeinem Grund schauen sie nicht mehr zu linken Parteien, um diese Probleme zu lösen. Ich denke, dass Bernie Sanders im Falle der USA von Anfang an eine ziemlich klare Diagnose hatte: Sowohl die Clinton-, als auch die Harris-Kampagne sind gescheitert, weil sie im Grunde genommen elitäre

Kandidaten in einem populistischen Moment waren. Zumindest in den USA trifft das zu, und wahrscheinlich ist es auch in Europa mehr und mehr der Fall. Linke Parteien gelten nicht mehr als vertrauenswürdig, sondern als elitär und vielleicht eher als Teil des Problems, denn als Teil der Lösung. Wenn sie daraus kommen wollen, werden linke Parteien in Zukunft ernsthaft über ihre eigene Identität und politische Aufstellung nachdenken müssen.

WEA: Können Sie mir Ihre Reaktion auf den Trump-Sieg beschreiben? Wie war die Stimmung in Ihrem Klassenzimmer am Tag danach?

H: Verglichen mit dem ersten Sieg von Trump hatte ich das Gefühl, dass es sehr wenig Reaktion gab. Und das war auch meine Reaktion. Beim ersten Mal waren wir alle schockiert, aber beim zweiten Mal wussten wir, dass es eine Möglichkeit war. Ich war einfach enttäuscht. Kennen Sie dieses Marx-Zitat über die Wiederholung der Geschichte - „Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“? Ich denke, der Sieg von Trump ist genau das Gegenteil: Das erste Mal war es eine Farce, jetzt ist es eine Tragödie. Die Menschen haben sich damit abgefunden.

WEA: Etwas, das Sie in Ihrer Forschung ansprechen, ist der Begriff der politischen Bildung. Können Sie vielleicht erklären, was dieser Begriff für Sie bedeutet?

H: Ich denke, der Begriff hat mindestens zwei Bedeutungen. Einerseits geht es darum, zu lernen, wie Politik funktioniert: Was sind meine Rechte, was sind meine Pflichten, wie funktioniert der demokratische Prozess, et cetera. Ich hatte einen sehr interessanten Moment mit einer belgischen Organisation, die Workshops zum Thema Besteuerung durchführte. Man könnte meinen: „Steuern, das ist doch superlangweilig, oder?“ - Ja, aber es ist wirklich wichtig, denn es geht darum, wie die Regierung finanziert wird und wie sie Wohlstand umverteilt. Das ist also eine Form der politischen Bildung. Und dann gibt es noch etwas, das man als poli-



tisierte Bildung bezeichnen könnte, wobei der Begriff abwertend verwendet wird. Rechtsextreme beschuldigen beispielsweise oft die Erwachsenenbildung, zu politisch und zu links zu sein. Und in gewisser Weise haben sie Recht: Die Ursprünge der Erwachsenenbildung liegen in der Arbeiterbewegung. Das liegt in ihrer DNA. Aber das muss nichts Schlechtes sein. Wenn es in der Erwachsenenbildung darum geht, den Menschen zu helfen, soziale Probleme wie Rassismus, Klimafragen, Sexismus, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann ja, dann macht Erwachsenenbildung Politik, denn natürlich sind diese Probleme alle mit einer gewissen Machtdynamik verbunden, und wir fordern die Menschen auf, sich selbst zu befähigen, dieser Machtdynamik entgegenzutreten. Die Ziele der Erwachsenenbildung sind eben die Förderung der Demokratisierung und der Teilnahme am demokratischen Prozess. Natürlich ist das politisch, und das ist auch gut so.

WEA: Eine politisch neutrale Erwachsenenbildung gibt es also nicht? Wäre das überhaupt etwas, das man anstreben sollte?

H: Behaupten, neutral zu sein, ist die politischste Aussage, die man machen kann. In dem Moment, in dem jemand sagt, dass er neutral ist, kann man sicher sein,

dass „Ok, hier kommt die Ideologie“. Und das wird in Debatten um die politische Bildung verwendet, nach dem Motto: „Die sind politisch, nicht wir!“. Hier in den Niederlanden wurde die Tradition der politischen Bildung seit den 1980ern völlig zerstört und sie durch eine sehr ökonomistische, utilitaristische Art der Erwachsenenbildung ersetzt, bei der es im Grunde nur darum geht, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenn Sie mir sagen, dass das nicht politisch ist, dann sage ich, dass das Quatsch ist. Die Rechten werden sagen: „Nein, Bildung sollte sich aus der Politik heraushalten! Der Sinn der Bildung ist es, Fähigkeiten zu vermitteln, die den Menschen helfen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden“. Und natürlich kann man Bildung so definitiveren. Aber dann hat man den demokratisierenden Aspekt von Bildung herausgerissen, und das ist ein politisches Manöver.

WEA: Was ist Ihrer Meinung nach die Rechte Auffassung von Erwachsenenbildung?

H: Für die Rechten scheint es bei der Bildung in erster Linie um kulturelle Assimilation und die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu gehen. Die Schulen und Universitäten machen das, was der Arbeitsmarkt braucht. Und im Moment sind das die MINT-Fächer - „wir brau-



chen keine Geisteswissenschaften und Soziologie. Wir brauchen Ingenieure, um mit China und Indien konkurrieren zu können“.

WEA: *Und wie passt die politische Bildung in diese Weltanschauung?*

H: Ich bin mir nicht sicher, ob die Rechte überhaupt an politische Bildung im demokratisierenden Sinne glaubt. Generell neigen rechte Akteure dazu, es sich mit dem Kapital ziemlich gemütlich zu machen, und sich mit liberalen Kräften zu verbünden. Und liberale Kräfte suchen im Zweifelsfall den Bund mit den Faschisten. Sozialisten haben generell eine für Liberale zu bedrohliche Auffassung davon, was soziale Institutionen tun sollten: die soziale Gerechtigkeit fördern und die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Diese Ziele beißen sich leider meist mit Marktinteressen.

WEA: *Was ist dann die Rolle von Pädagog*innen im Umgang mit der extremen Rechten, wenn diese an der Macht ist?*

H: Pädagog*innen müssen einen sehr kritischen Blick auf die Vorgänge in der Regierung haben. Und wir müssen mit unseren Schüler*innen zusammenarbeiten, um diese kritische Betrachtung aufrechtzuerhalten, denn ich denke, dass auf diese Weise viele der falschen Vorstellungen, Mythen und manchmal auch der völlige Blödsinn, mit dem diese Leute gewählt wurden, entlarvt werden können. Eines der grundlegendsten Dinge, mit denen wir uns befassen müssen, sind die Werte und die Moralvorstellungen dieser Parteien und die Folgen der von ihnen vertretenen Politik und Ideen, denn das geschieht nicht unbedingt in den normalen Medien, die die Menschen konsumieren. Meiner Meinung nach geht es bei der Rolle der Pädagog*innen in dieser Situation also vor allem um eine Art bürgerliche Wachsamkeit. Es gibt den französischen Begriff „souveillance“ - eine Art Wachsamkeit von unten. „Surveillance“ bedeutet, dass die Mächtigen die Massen zum Zweck der sozialen Kontrolle überwachen; Souveillance dagegen ist die Art und Weise, in der die Öffentlichkeit ein Auge auf die Mächtigen hat. Und das ist es, was wir im Moment dringend brauchen. Und die Bildung, insbesondere die Sozialwissenschaften, können hier eine Schlüsselrolle spielen. Ich denke, wir müssen diese Haltung mehr denn je mobilisieren, was eine echte Herausforderung für Pädagog*innen darstellt, wenn es darum geht, inwieweit sie bereit sind, in ihrer Rolle tatsächlich kritische Arbeit zu machen, und sich damit

selbst ins Scheinwerferlicht zu stellen. Wenn man diese Art von kritischer Arbeit leistet, kann man in eher konservativen Kontexten in echte Schwierigkeiten geraten. Die aktuellen Entwicklungen in Europa erinnern mich sehr an meine Lehrtätigkeit in den USA. Dort musste ich viel vorsichtiger sein, wenn ich Themen wie Ungleichheit ansprach. So fragte ich zum Beispiel im Unterricht: „Okay, welche Auswirkungen hat diese bestimmte Politik? Schauen wir es uns an. Und wenn wir uns Gedanken über die Chancengleichheit in der Bildung machen, dann sollten wir uns ansehen, wie sich Privatisierungsmaßnahmen oder Sparmaßnahmen auf das Bildungswesen auswirken. Ich stelle die Hypothese auf, dass sie sich wahrscheinlich nicht sehr positiv auf das Bildungsniveau von Menschen aus der Arbeiterklasse auswirken werden. Also lasst uns das untersuchen“. Das ist ein erster Schritt. Aber dann muss man über den Elfenbeinturm der Wissenschaft hinausgehen und mit normalen Menschen in Kontakt treten und sich in die Öffentlichkeit einbringen, und nicht alle Pädagog*innen sind dazu bereit. Das ist wirklich eine andere Art, Bildungsarbeit zu machen. Und Erwachsenenbildner*innen sind meiner Meinung nach besonders gut für diese Rolle geeignet.

WEA: *Und was ist mit Lehrer*innen und Erzieher*innen die mit jungen Menschen arbeiten?*

H: Ich habe früher in einer Amerikanischen High School gearbeitet, und das ist ein sehr schwieriges Umfeld: überfüllte Klassenzimmer, bürokratische Vorschriften, strenge Parameter, in denen man arbeiten muss. Das ist ein sehr schwieriger Ort, um kritische Arbeit zu leisten, weil einem oft die Autonomie und die Zeit fehlen, aber natürlich gibt es auch gute Geschichten von Lehrer*innen, die Schüler mobilisieren. Einerseits ist es also wirklich schwierig, aber es gibt auch so viel Potenzial, so viel Energie. Das kann man an den Fridays for Future-Protesten sehen. Ich meine, mobilisierte Schüler*innen für sozialen Wandel - wann haben wir das zuletzt gesehen? Jugendliche haben starke Emotionen, und sie haben starke Gedanken über die Welt, in die sie eintreten und die sie erben werden.

WEA: *Eine letzte Frage: Wenn man Ihr Buch „Combating Crises from Below“ liest, kann man fast eine Art hoffnungsvolle Vision von Krisen bekommen, weil die lokalen Akteure bei der Bewältigung von Krisen oft viel Innovation, Handlungsfähigkeit und Solidarität entwickeln. Glauben Sie, dass es eine solche hoffnungsvolle Sicht auf die aktuelle Situation im Bildungswesen gibt?*

H: Es ist vielleicht ein bisschen früh, das zu sagen, aber es gibt Hoffnung. Es ist zu hoffen, dass unter den schwierigen Bedingungen, die jetzt geschaffen werden, Solidarität entstehen wird. In der Protestforschung bezeichnet man dies als die positiven Auswirkungen von Repression. Repression ist per Definition etwas

Schlechtes, wie eine Krise, aber in diesen schwierigen Zeiten kann sie die Menschen zusammenbringen und ihr Engagement für Dinge stärken. In den Niederlanden zum Beispiel hat der gesamte Hochschulsektor angesichts der Sparmaßnahmen der derzeitigen Regierung und ihrer fremdenfeindlichen Anti-Internationalisierungspolitik einen Protest organisiert. Der gesamte Sektor hat versucht, sich zu wehren. Wie effektiv das war, ist eine andere Frage, aber ich denke, dass dies ein großartiges Beispiel dafür ist, dass die Menschen sagen: „Das werden wir nicht hinnehmen“. Daraus können Solidarität und Widerstand erwachsen. Wir werden wirklich kreativ werden müssen, aber ich glaube, dass der gesamte Bildungssektor, nicht nur die Hochschul-lehrer*innen, anfangen muss, sich zu sammeln. Es wird sehr wichtig sein, Brücken zwischen der Hochschulbildung, der Erwachsenenbildung, der Sekundarbildung, und so weiter, zu schlagen. Wir befinden uns in einer Zeit des langfristigen Aufstiegs der Rechten, und wir wissen, was das Projekt der Rechten ist: Ausfinanzierung, Privatisierung, Vermarktlichung, und Assimilierung. Gemeinsam wird der Bildungssektor viel stärker und hoffentlich in der Lage sein, sich gegen all das zu wehren.

DR. KAI HEIDEMANN



UNIVERSITÄT MAASTRICHT

Zwischen Anti-Einwanderungspolitik und migrantischer Unterstützung: Wie konservative Parteien in den USA und Deutschland erstarben



Amerika! Was kommt dir in den Sinn, wenn du an Amerika denkst? Das Land der Freiheit, der Träume und der endlosen Möglichkeiten für diejenigen, die ihre Heimat verlassen, um neue Chancen und Versprechen des Erfolgs zu ergreifen? Amerika! Das Land, in dem Menschen aus aller Welt zusammenkommen und unter einem gemeinsamen Dach leben: The American Dream? Amerika! Das Land, in dem deine Hautfarbe, deine Sprache oder dein Name „kein Hindernis für Erfolg“[1] darstellen, wie Barack Obama während seines Wahlkampfes 2004 sagte?

Die diesjährige Wahl hat jedoch gezeigt, dass Amerika zutiefst gespalten ist – ein Land voller Widersprüche und politischer, wirtschaftlicher sowie sozialer Umbrüche. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur die Amerikaner vor Ort, sondern haben auch Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen der USA. Besonders betroffen sind Migranten, die Trump gemäß seines Wahlversprechens mithilfe des größten Abschiebungsprogramms in der Geschichte des Landes abschieben möchte[2], um Amerika von 'Kriminellen'[3] zu befreien. Doch es bleibt fraglich, ob es sich tatsächlich nur

um Straftäter handelt, die Trump ins Visier nimmt oder ob er eine breitere Vertreibung von Migranten anstrebt.

Warum ist die Situation von Migranten in den USA für Deutschland relevant? Zum einen beobachten wir in den USA wie auch in Europa – insbesondere in Deutschland – einen Anstieg von Fremdfindlichkeit und Rassismus gegenüber bestimmten Gruppen. Zum anderen zeigt sich, dass nicht nur weiße Wähler Trumps Politik unterstützen. So waren zwar 55 Prozent der Trump-Wähler weiß, dennoch stimmten auch 48 Prozent der lateinamerikanischen, 50 Prozent der asiatischstämmigen und 17 Prozent der afroamerikanischen Wähler für Trump.[4] Ähnlich verhält es sich in Deutschland, wo die AfD nicht nur bei Deutschen ohne Migrationshintergrund, sondern auch bei Deutschen mit Migrationshintergrund zunehmend Stimmen gewinnt.

Doch warum entscheiden sich Menschen mit einem Migrationshintergrund für konservative Parteien, deren Programme oft restriktive Maßnahmen abzielen? In den USA und Deutschland lässt sich ein ähnliches

Muster erkennen: Viele Menschen mit einem Migrationshintergrund stammen aus konservativ geprägten Gesellschaften, in denen religiöse und kulturelle Werte tief verwurzelt sind. Diese Werte beeinflussen ihre Sicht auf Themen wie (Trans-)Gender, (Homo-)Sexualität oder deren Behandlung in Schulen. Die konservative Haltung von Parteien wie der AfD und den Republikanern zu diesen Themen könnte diese Gruppen ansprechen und somit die Identifikation mit deren Programmen fördern.

Ein weiterer Faktor ist die Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierungen. In den USA belasteten hohe Inflationsraten und steigende Lebenshaltungskosten die Menschen. Trump nutzte diese wirtschaftliche Unzufriedenheit geschickt, um seine Position zu stärken. Ähnliche Dynamiken waren auch in Deutschland zu beobachten: Eine Umfrage aus dem Oktober 2023 ergab, dass 68 Prozent der Befragten mit der Ampelkoalition unzufrieden waren.[5] Auch die wirtschaftliche Lage wurde von 80 Prozent der Befragten kritisiert und negativ eingeschätzt.[6] Die anhaltenden Konflikte innerhalb der Regierung führten schließlich am 6. November 2024 zur Auflösung der Koalition. Bundeskanzler Olaf Scholz plant, im Januar 2025 die Vertrauensfrage zu stellen – ein Signal dafür, dass die politische Landschaft sich bei den kommenden Neuwahlen deutlich verändern könnte. Dabei dürfte die AfD weiter an Bedeutung gewinnen.

Jedoch könnte die Entscheidung von Menschen mit Migrationshintergrund für konservative Parteien nicht allein aus der Unzufriedenheit mit der Regierung resultieren. Auch innerhalb von Gruppen mit Einwanderungsgeschichte kann eine ablehnende Haltung gegenüber neuen Migrationsbewegungen bestehen. Dieser Aspekt ist oft eng mit dem Wunsch nach Identifikation mit der deutschen Gesellschaft verbunden. Um ihre Zugehörigkeit zu betonen, grenzen sich einige von anderen Migrantengruppen ab und wählen möglicherweise Parteien wie die AfD, um zu unterstreichen, 'wie deutsch' sie sind. Schließlich neigen Menschen in Zeiten von Krisen und politischer Uneinigkeit dazu, sich an das Vertraute und Bekannte zu klammern. Sie reagieren auf Krisen nicht, indem sie Veränderungen anstreben oder das Neue und Unbekannte annehmen.

Vielmehr suchen sie Halt und Stabilität – etwas, das sie nur im Glauben an das Bekannte finden. Sowohl die AfD in Deutschland als auch Trumps Partei in den USA verfolgen ein ähnliches Konzept: Sie setzen sich für die Bewahrung traditioneller Werte, Normen und Strukturen ein. Sie propagieren die Idee, dass gesellschaftliche Probleme durch das Fremde und Unbekannte verursacht werden, und behaupten, diese Probleme nur dann lösen zu können, wenn diejenigen, die nicht in dieses Werte- und Normensystem passen, ausgeschlossen werden. Folglich könnten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich in individuellen Krisensituationen befinden, sich von den Wahlversprechen der AfD und der Republikaner verstanden und angesprochen fühlen. Dies kann dazu führen, dass sie eine stärkere Neigung zu nationaler Identität und Patriotismus entwickeln.

BIRIM YILDIZ



STUDENTIN UNIVERSITÄT WUPPERTAL

[1] Barack Obama's 2004 DNC speech. <https://www.youtube.com/watch?v=FgGO7ARzU9U&t=148s>.

[2] "On Day One, I will launch the largest deportation program in American history to get the criminals out", Trump said at his Madison Square Garden rally on Oct. 28". <https://www.usnews.com/news/national-news/articles/2024-12-09/4-day-one-promises-from-president-elect-donald-trump>.

[3] Ebd.

[4] Zahlen aus einer Statistik der BBC News entnommen. BBC News. <https://www.bbc.com/news/articles/cy4nyg9vl3no>.

[5] Umfrage „Zufriedenheit mit Ampel auf neuem Tiefpunkt“. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100062608/umfrage-zufriedenheit-mit-ampel-erreicht-neuen-tiefpunkt.html.

[6] Ebd.

QUEERE GEMEINSCHAFTEN

in einer gespaltenen Gesellschaft

Dezember 2024



**Entkörperung:
„Ein Zustand, in dem man sich von seinem Körper und Geist getrennt fühlt.“**

Wahltag: 5. November 2024. Donald J. Trump wird zum voraussichtlichen Gewinner und designierten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt.

Nachdem Trump zum Sieger erklärt worden war, hielt die queere Community in kollektiver Trauer den Atem an. Ein Gefühl nervöser Erwartung lag in der Luft; die Machtübergabe des Präsidenten im Januar stand kurz bevor. Wie viele transamerikanische Bürger werden als politische Flüchtlinge fliehen? Welche Länder werden ihnen Zuflucht bieten? Während wir uns auf eine Regierung vorbereiten, die sich im Wahlkampf dafür einsetzte, Transmenschen zu dämonisieren, zu Sündenböcken zu machen und für die Missstände der Gesellschaft verantwortlich zu machen, bereiten wir uns auf eine erzwungene Entkörperlichung vor – manifestiert in einer gewaltsamen, systematischen Loslösung von einer Welt, die unsere Existenz auslöschen will.

Die politischen Ereignisse dieses Tages – die US-Wahl und der Umsturz der deutschen Regierung – markierten einen Wendepunkt, der weit über die Landesgrenzen hinaus nachhallt. Diese Ergebnisse spiegeln ein beunruhigendes Wiederaufleben reaktionärer Politik wider, bei der moralische Panik zum Mittel der Wahl wird, um die Macht zu festigen.

Moralische Panik und reaktionäre Bewegungen

Unsere Gesellschaft ist in den Klauen einer moralischen Panik gefangen – eine Taktik, die darauf abzielt, Menschen abzulenken und Zwietracht zu säen. Transsexuelle, Einwanderer und andere Randgruppen werden als Bösewichte dargestellt und für Probleme verantwortlich gemacht, die wir nicht verursacht haben. Diese reaktionären Bewegungen nähren sich von Lügen und verdrehen die Wahrheit, um uns im Kreislauf von Angst und Sündenbock zu halten.

Vor kurzem besuchten wir das Musée de la Civilisation in Québec City, wo eine Ausstellung mit dem Titel *Wrestling: Québec in the Ring* das Museum in eine surreale Arena verwandelte. In einem Bereich wurde der Madison Square Garden nachgebaut – sechs Männer, die in einem Stadion, das teils real, teils Illusion war, in einen Kampf verstrickt waren. Spiegel und raffinierte Beleuchtung verwandelten umgedrehte Eierkartons in eine tosende Menschenmenge. Die Ausstellung bot eine beunruhigende Parallele zu dem politischen Spektakel, das wir gerade erleben. Der Madison Square Garden ist nicht nur ein Ort der Illusion – er war auch die Bühne für echte Kundgebungen, darunter eine besonders aufschlussreiche für Trump im Jahr 2024. Wie viele Schichten der Illusion braucht es, um Menschen davon zu überzeugen, dass sie von jubelnden Anhängern umgeben sind? Das ist die Essenz der moralischen Panik: die Konstruktion eines „Feindes“, verstärkt durch die Illusion einer weit verbreiteten Zustimmung. Ob im Wrestling-Ring oder in der politischen Arena, das Gebrüll der Menge ist oft inszeniert – und der Schaden, den es anrichtet, ist sehr real.

Weiter hinten in der Museumsausstellung stand auf einem Schild die Frage: Welche Freiheit wollen wir für unsere Kinder? Die Frage lässt uns nicht los. Es geht nicht nur um die Freiheit für Kinder – es geht darum, welche Art von Welt wir hinterlassen. Für queere Menschen ist Freiheit kein abstraktes Ideal, sondern ein Kampf ums Überleben, um Freude und um das Recht, vollständig zu existieren.



Selbst wenn es sich anfühlt, als wolle die Welt euch auslöschen, seid ihr geliebt. Wir stehen in diesem Kampf an eurer Seite.

An die Machthabenden: Empathie und Verantwortlichkeit sind keine Optionen. Treffen Sie sich mit uns. Hören Sie uns zu. Hören Sie auf, über unser Existenzrecht zu debattieren.

An die Verbündeten: Euer Schweigen ist keine Neutralität – es ist Mittäterschaft. Erhebt eure Stimme. Steht nicht nur stillschweigend, sondern lautstark an unserer Seite. Nutzt eure Stimme, um Transphobie und den Hass, den sie schürt, zu bekämpfen. Gemeinsam können wir die Geschichte neu schreiben – eine Geschichte, in der es um Verbundenheit, Fürsorge und Gerechtigkeit geht.

Die Vereinigten Staaten, Deutschland und Gesellschaften auf der ganzen Welt stehen an einem Wendepunkt. Es ist keine Option, tatenlos zuzusehen, wie der Faschismus Wurzeln schlägt. Die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen. Gemeinsam können wir die Illusionen, die uns trennen sollen, niederreißen und eine Zukunft aufbauen, in der niemand darum kämpfen muss, zu beweisen, dass er es verdient zu existieren.

Für uns in der queeren Gemeinschaft manifestieren sich diese Illusionen als Entkörperlichung – die Abkopplung von einer Gesellschaft, die uns in ihrem unerbittlichen Streben nach Macht zu Sündenböcken macht. Das politische Spektakel braucht neue Gegner, um die Show am Laufen zu halten, und Transmenschen sind das neueste Ziel.

Ein Aufruf zur Resilienz

Wir brauchen Programme und Räume, die uns jetzt mehr denn je zusammenbringen – Orte, an denen wir lernen können, wie wir uns behaupten, Verbindungen aufbauen und uns gegen die Kräfte wehren können, die versuchen, uns zu spalten. Die queere Gemeinschaft war schon immer eine Quelle der Kreativität und des Widerstands. Es ist an der Zeit, diese Stärken zu nutzen und unsere Zukunft zurückzugewinnen.

Organisationen wie das Reflect EU & US Program, die Willi-Eichler-Akademie und das Queer Joy Collective erinnern uns daran, was möglich ist, wenn wir in Bildung, Dialog und Gemeinschaftsbildung investieren. Diese Programme schaffen Räume, in denen Menschen über Trennendes hinweg in Kontakt treten, voneinander lernen und angesichts wachsender Feindseligkeit Solidarität aufbauen können. Jetzt ist es an der Zeit, Initiativen wie diese zu unterstützen und auszuweiten, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.

An alle Transpersonen, die dies lesen: Wir sehen euch. Eure Existenz ist wichtig. Eure Träume sind wichtig.

SEBASTIAN & CORAL CRISSEY



MAINE

Persönliche Überlegungen zu den Auswirkungen der Trump-Präsidentschaft auf die transatlantischen Beziehungen



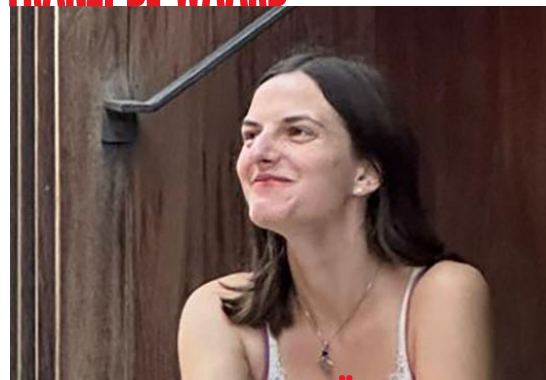
Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2024 kam für viele Europäer*innen überraschend. Trumps zweiter Wahlsieg lässt sich jedoch auf mehrere Jahrzehnte wirtschaftlicher, politischer und sozialer Entwicklungen zurückführen, die eben jener Identitätskrise geführt haben, mit der sich die Nation derzeit auseinandersetzt. Mir scheint, die Vereinigten Staaten sind gefangen zwischen dem Wunsch nach Wirtschaftswachstum und konservativen Werten auf der einen Seite, und dem Streben nach einer integrativeren und humaneren Gesellschaft auf der anderen. Die Menschen haben Angst, ihre Existenzgrundlage zu verlieren, das Vertrauen in die Regierung ist seit den 1970er Jahren rückläufig, und die meisten Amerikaner scheinen bereit zu sein, jemanden zu unterstützen, der etablierte Normen in Frage stellt und behauptet, ihre Unsicherheiten anzusprechen.

Während viele Amerikaner*innen Trumps Sieg feiern und darin besonders wirtschaftliche Chancen sehen, zeigen sich viele Menschen, darunter auch viele meiner Freunde, zutiefst besorgt über das Wahlergebnis, da sie potenzielle Bedrohungen für ihre grundlegenden Menschenrechte und ihre Arbeitsplatzsicherheit befürchten. Ich persönlich bin besorgt darüber, was Trumps Sieg für die extreme Rechte in Europa bedeuten könnte. Überall um uns herum sind rechte Parteien auf dem Vormarsch, und ich bin sicher, dass ein Sieg Trumps diese Parteien weiter ermutigen wird. Ich weiß, dass viele Europäer*innen mit großem Stolz sagen, dass Europa die politische Dynamik der Vereinigten Staaten nicht nachahmen wird, aber ich bin mir nicht sicher. Wir befinden uns gerade in einer entscheidenden Phase der amerikanischen Geschichte, und die Entscheidung, wie sich das

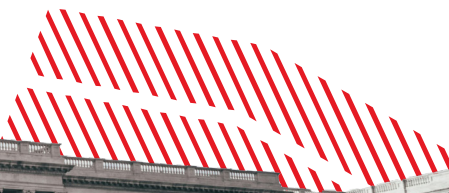
Land weiterentwickeln wird, wird Auswirkungen über seine Grenzen hinaus haben. Als europäische Studentin der Amerikastudien halte ich es für wichtig, dass wir die USA weiterhin beobachten und analysieren, nach Parallelen in unserer eigenen Kultur und politischen Situation suchen und aus den aktuellen Ereignissen lernen.

Trump's Sieg hat meine Skepsis gegenüber der Zukunft verstärkt. Abgesehen davon, was sein Sieg für die transatlantischen Beziehungen oder die Weltpolitik im Allgemeinen bedeuten könnte, wird besonders seine Missachtung des Klimawandels uns alle betreffen. Es bleibt zwar ungewiss, wie viele von Trumps Wahlkampfversprechen umgesetzt werden und wie viele Veränderungen er durchsetzen kann, aber es verspricht, dass die nächsten Jahre für die Vereinigten Staaten interessant werden. Meine Neugierde auf die USA ist definitiv neu entfacht.

FRANZI DE WAARD



STUDENTIN UNIVERSITÄT HEIDELBERG



ABGEFACKELT?

In den letzten Jahren hat sich die starke transatlantische Kultur, die von den Vereinigten Staaten und Europa aufgebaut wurde, in ein Pulverfass verwandelt, das unsere Beziehung zu zerstören droht. Das Herzstück jeder Kultur ist ihre ständige Weiterentwicklung, und wir haben diese Veränderung als selbstverständlich hingenommen. Das Ergebnis der US-Wahlen hat die Angst und Besorgnis in Europa nur noch verstärkt und unsere „besondere“ Beziehung auf eine weitere Probe gestellt. Neben Trump haben auch autoritäre populistische Politiker in Europa an Boden gewonnen, wobei sich die Parteien der Mitte zunehmend der populistischen Rhetorik anschließen – insbesondere in Fragen wie Migration und Klimapolitik.

Das Thema „Zunder“ war in den letzten Monaten von auffälliger Relevanz. Im Moment ist Los Angeles buchstäblich ein Pulverfass, das einem der verheerendsten und teuersten Waldbrände der Geschichte ausgesetzt ist. Unterdessen kündigte Mark Zuckerberg kürzlich eine umstrittene politische Wende auf Facebook an – die Rücknahme der Faktenprüfung, während er die USA als Leuchtfeuer der freien Meinungsäußerung gegen die wachsenden Zensurgesetze Europas positioniert.

Dann gab es noch die Nachwirkungen der US-Wahl und den Aufstieg rechtsextremer Bewegungen in ganz Europa. Nach der Wahl erlebten viele Amerikaner eine kollektive Erschöpfung, eine Mischung aus Angst, Frustration und Trauer. Wir waren es leid zu kämpfen, uns zu widersetzen, zu fürchten und zu hoffen. Fast aus Scham wollten wir nicht darü-

ber reden. Das Gespräch verlagerte sich schnell von der einfachen Frage „Warum hat Trump gewonnen?“ zu der Frage, warum die Demokraten erneut verloren haben. Obwohl wir immer noch ratlos sind, warum jemand nicht hinter den Vorhang des Zauberers blicken kann, gab es wirklich scharfsinnige, tiefgründige Analysen, die nicht nur die Frage à la Hillary Clinton stellten: „Was ist passiert?“, sondern auch: Was haben wir falsch gemacht? Was sind die Gründe für unsere bröckelnde Demokratie? Wie können wir es besser machen? Eines ist klar geworden: Das Problem liegt nicht nur bei der extremen Rechten, sondern in unserem kollektiven Versagen, wirklich zuzuhören – den Ängsten, Werten und Sorgen anderer.

Als Anthropologe vertrete ich schon lange die Ansicht, dass wir, um die Geopolitik zu verstehen, nicht nur Nationalstaaten, sondern auch die Bürger und Nicht-Bürger berücksichtigen müssen, die die Machtverhältnisse prägen. Bei der Untersuchung rechtsextremer Akteure konzentrierte ich mich zunächst auf ihre digitalen Strategien und ihre Sprache, aber mir wurde klar, dass es nicht ausreichte, die Rechtsextremen zu verstehen. Ich beging eine anthropologische Todsünde. Ich gab der falschen Dichotomie nach, wer als rechts und wer als links gilt, und versäumte es, das, was die Menschen in meiner unmittelbaren Umgebung sagten, ernst zu nehmen. Ich geriet in die Falle der polarisierten Erzählung, die davon ausgeht, dass es eine echte Dichotomie zwischen rechts und links, liberal und konservativ gibt.

Das eigentliche Problem liegt darin, dass wir es über das gesamte politische Spektrum hinweg versäumt haben, zuzuhören – denen, die unsere Ansichten nicht teilen, und den tiefsitzenden Ängsten, die ihre Entscheidungen beeinflussen. Laphonza Butler, ehemalige Senatorin von Kalifornien, hat es treffend ausgedrückt: „Demokraten ... müssen aufhören zu reden und anfangen zuzuhören. Wirklich





zuhören.“[1] Wir haben uns so sehr auf die Binarität von rechts gegen links konzentriert, dass wir nicht gehört haben, was andere wirklich sagen. Dieses Versäumnis, zuzuhören, ist einer der Gründe, warum Trump und andere wie er an Macht gewonnen haben. Die steigenden Lebenshaltungskosten sind beispielsweise zu einem bedeutenden Problem geworden. Trotz der Behauptungen, die Inflation sei unter Kontrolle, fühlen sich viele Menschen finanziell immer noch belastet. Die Lebenshaltungskosten sind für viele Menschen zum Beispiel zu hoch und Argumente, die Bidens Rolle bei der Eindämmung der höheren Inflation erklären, sind unhaltbar geworden: „Trotz der von den Demokraten propagierten Schlagzeilenstatistiken oder der kaum sichtbaren Ergebnisse der Industriepolitik von Präsident Joe Biden konnten die anhaltende Realität der Inflation und die ungleichen Bedingungen im täglichen Leben nicht verschleiert werden.“[2] Statistiken gewinnen keine Wahlen. In einem kürzlich geführten Interview nannte der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses unter Präsident Obama, Rahm Emanuel, viele Gründe für die Niederlage der Demokratischen Partei, aber der Hauptgrund ist folgender: Wir haben uns darauf konzentriert, Daten, statt Emotionen und Werte zu vermitteln.

Demokraten und europäische Politiker haben gleichermaßen ein Kommunikationsproblem – sie sprechen in datenlastigen, abstrakten Begriffen, während Republikaner (und rechtsextreme Populisten) mit einfacher, entschiedener Sprache direkt Emotionen ansprechen. Wenn beispielsweise die Kriminalitätsrate sinkt, sich die Bürger aber immer noch unsicher fühlen, bieten Statistiken keine Beruhigung. Wenn die Menschen immer noch Angst vor steigender Kriminalität haben, dann laufen sie nicht herum und sagen: „Wisst ihr was? Ich fühle mich 2024 22 Prozent sicherer als 2023.“[3] Die Menschen haben Probleme. Ob das nun der Realität entspricht oder eine wahnhafte Wahrnehmung ist, spielt keine Rolle. Die Frage lautet oft: „Willst du eine Beziehung oder willst du Recht haben?“ Die Demokraten wollen Recht haben.

Die sozialen Medien haben bei diesem Wandel eine wichtige Rolle gespielt. Diejenigen, die Trump oder rechtsextreme Politiker unterstützen, umgehen oft die traditionellen Medien und nutzen Plattformen wie TikTok und YouTube, um direkt mit

den Wählern zu sprechen. Diese Plattformen sind darauf ausgelegt, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, indem sie die sensationellsten Inhalte zeigen – unabhängig davon, ob die Menschen damit einverstanden sind oder sie mögen. Diese „Aufmerksamkeitsökonomie“ verstärkt vereinfachende, emotional aufgeladene politische Botschaften und trägt zur Bildung einer internationalen rechtsextremen Koalition bei, die durch ähnliche Rhetorik, die über dieselben Kanäle verbreitet wird, geeint wird.

Auf diese Weise erleichtert die digitale Technologie die Wahlentscheidung, indem sie den Akt der Wahl wie die Wahl eines Dates auf Tinder gestaltet. Die Standardeinstellung ist, kontinuierlich nach links zu wischen, bis jemand auffällt und die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die Person ist nur anhand ihres Basisprofils bekannt, aber sie ist anders und „authentisch“. Man wischt nach rechts und es ist ein Treffer! Die Wahl eines Kandidaten ist einfach, gedankenlos und appelliert an unsere Ängste, uns wirklich auf andere Menschen einzulassen.

Hier liegt die eigentliche Herausforderung. Desinformation ist weit verbreitet und die Art und Weise, wie wir miteinander – und mit der Politik – interagieren, wird zunehmend durch digitale Technologien vermittelt. Unsere Beziehungen werden von den sozialen Medien geprägt, was wiederum unsere Ansichten über die Demokratie selbst prägt. Dies ist nicht nur ein Problem zwischen der extremen Rechten und der extremen Linken – es ist ein umfassenderes menschliches Problem. Das Misstrauen gegenüber der Regierung ist weit verbreitet und hat seine Wurzeln in berechtigten Sorgen – sei es in Bezug auf Inflation, Klimawandel oder die Einwanderungskrise. Diese Themen sind für Menschen auf allen Seiten des politischen Spektrums von Bedeutung. Das Problem ist, dass es nicht viele alternative Räume für sinnvolle Meinungsverschiedenheiten oder Dialoge gibt.

Um die Demokratie zu bewahren, brauchen wir Räume, in denen Menschen produktive Gespräche führen und Beratungen durchführen können – nicht nur wählen. Wie Nathan Gardels und Nicolas Berggruen argumentieren, brauchen wir „Partizipation ohne Populismus“, insbesondere da die repräsentative Demokratie angesichts der „Silo-Viralität“ der sozialen Medien an Legitimität verliert.[4] Initiativen wie Reflect EU&US sind von entscheidender Bedeutung, weil sie Räume schaffen, in denen Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks mitei-

einander in Kontakt treten, kritische Themen diskutieren und konstruktiv anderer Meinung sein können. Diese Räume bieten eine Möglichkeit, miteinander zu reden – nicht übereinander – und können so dazu beitragen, die Feuerstürme der Unzufriedenheit und Spaltung zu löschen. Wie kontrollierte Brände, die das Unterholz lichten, um größere Waldbrände zu verhindern, können diese Formen der deliberativen Demokratie dazu beitragen, unsere zerrütteten Beziehungen durch unvermittelte Kommunikationsformen zu kitten und die Gesundheit unserer politischen Systeme zu schützen.

DR. JEFF KATCHERIAN



CULTURE ACADEMY LOS ANGELES

[1] <https://www.nytimes.com/2024/12/04/us/politics/laphonza-butler-biden-harris.html>

[2] <https://www.noemamag.com/illiberal-democracy-comes-to-america/>

[3] <https://www.nytimes.com/2024/12/03/opinion/ezra-klein-podcast-rahm-emanuel.html>

[4] <https://www.noemamag.com/illiberal-democracy-comes-to-america/>



Impressum

Willi-Eichler-Akademie e. V.
Kleiner Griechenmarkt 40
50676 Köln

Telefon: +49 221 -168 898 70
E-Mail: kontakt@we-akademie.de
Internet: www.we-akademie.de

Layout: Kreativ Konzept
Agentur für Werbung GmbH